

Bundesgeschäftsstelle:

**Postfach 06
D- 75046 Gemmingen**

**fon: +49- (0)7267- 911940
fax: +49- (0)1212- 691194000
mail: kontakt@buergerbewegung-pax-europa.de**

Wie man eine Demo verhindert ohne sie zu verbieten

Es bedarf keines totalitären Verbots Seitens eines islamophilen Spätsozialisten, wie den Brüsseler Bürgermeister Thielemann, um besorgte Bürger daran zu hindern, auf die schleichende Islamisierung unserer Gesellschaft und die postkoloniale Landnahme durch flächendeckenden Moscheebau hinzuweisen. Dass es mit Hilfe der deutschen Bürokratie auch ganz lautlos und ohne Aufsehen zu erregen geht, zeigt ein Fall im bayerischen Gersthofen.

Am kommenden Sonntag, den 22. Juni 2008 sollen die Bürger des beschaulichen Gersthofen mit der Einweihung einer neugebauten Moschee der DITIB, der Deutschland- Filiale der turkislamischen Religions- und Landnahme- Behörde DIYANET beglückt werden. Nicht alle Bürger sind so enthusiastisch entzückt darüber wie der ortsansässige Klerus, die „Augsburger Allgemeine“ und der Gersthofener Bürgermeister.

Eine Anzahl kritischer Bürger beschloss, der geplanten Einweihung ihre eigene Aufwartung mit Hilfe von Spruchbändern, Transparenten und Flugblättern zu machen, Dazu meldete der rührige bayerische Landesgeschäftsführer der BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA e.V. beim zuständigen Landratsamt Augsburg ordnungsgemäß eine Demonstration an. Diese wurde bewilligt: Für den 31. Juni!!!

Nun könnte man das falsche Datum noch notfalls als Versehen betrachten, zumal der Juni nach unserem üblichen Kalender nur 30 Tage hat, hätte man nicht die Demonstration auf eine ausgewiesene Grünfläche in gehörigem räumlichen Abstand zum Moscheeneubau verbannt. Der Versammlungsleiter wurde zudem von der örtlichen Polizei angewiesen, dafür zu sorgen, dass keiner der Teilnehmer an der Demonstration sich von der ausgewiesenen Grünfläche entfernt, nicht mal um die Notdurft zu verrichten. Und als wäre das noch nicht genug der Schikanen, so sollte der Anmelder der Demo auch noch für die erwartungsgemäß entstehenden Schäden am Rasen der Grünfläche haftbar gemacht werden.

Während also in nahezu jedem öffentlichen Park „Rasen betreten verboten“- Schilder aufgestellt werden, wird eine Demonstration von Bürgern, die den Moscheebau ablehnen, auf eben einen solchen Rasen verbannt und diese müssen dann auch noch für die Kosten der Grünflächensanierung aufkommen. So wird das deutsche Versammlungsrecht, eine der wesentlichen bürgerlichen Freiheiten, ad absurdum geführt.

Dass unter diesen Bedingungen natürlich keine Demonstration stattfinden kann, war nicht nur dem engagierten Landesgeschäftsführer der BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA e.V., sondern auch den „genehmigenden“ Behörden und deren feixenden Vertretern vor Ort klar. Was blieb, war ein geharnischtes Beschwerdeschreiben an das zuständige Landratsamt.

Die BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA e.V. wird auch weiterhin die Bürger, die der schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft keinen Vorschub leisten möchten, helfen, ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Dies umso mehr als die bayerische Staatsregierung derzeit bereits Maßnahmen zur weiteren Aushöhlung der Versammlungsfreiheit ergreift. Nach der Vorlage für ein Bayerisches Versammlungsgesetz (Bayerischer Landtag, Drucksache Nr. 15/10181 vom 11. März 2008) sollen bereits Versammlungen ab zwei (!) Teilnehmern genehmigungspflichtig werden, gleichfalls sollen auch alle Versammlungen in geschlossenen Räumen reglementiert werden.

Alle freiheitsliebende Bürger sind daher aufgerufen, diesem stetigen Abbau der bürgerlichen Freiheitsrechte nicht tatenlos zuzusehen.